

**LONGOWAL:** Hinter allem steckte die Kongreßpartei.

**SPIEGEL:** Was erwarten Sie nun von einer Regierung, gegen die Sie so schwere Beschuldigungen vorbringen?

**LONGOWAL:** Die Regierung muß das Vertrauen der Sikhs wiedererwerben. Wenn die Kongreßpartei Indien liebt, ist das unabdingbar.

**SPIEGEL:** Premier Gandhi betont immer wieder, er wolle das Pandschab-Problem lösen. Glauben Sie ihm?

**LONGOWAL:** Nein, die Regierung meint es nicht ernst. Einerseits versucht sie den Eindruck zu erwecken, daß sie das Problem lösen will, andererseits schickt sie Polizei und Armee ins Land und sogar in den heiligen Komplex des Goldenen Tempels in Amritsar. Überdies ehrt sie jene Armee-Offiziere, die das Allerheiligste in unserem Tempel zerstört, die Sikhs ermordet haben.

**SPIEGEL:** Sie verlangen, daß die Zentralregierung in Neu-Delhi künftig nur noch für Verteidigung, auswärtige Beziehungen, Währung und Kommunikation zuständig sein soll, alles andere müsse Sache des Pandschab werden. Ist das nicht schon sehr dicht an der Forderung nach einem unabhängigen Khalistan?

**LONGOWAL:** Wir von der Akali-Dal-Partei haben zu keiner Zeit ein Khalistan gefordert oder die Idee auch nur unterstützt.

**SPIEGEL:** Der indische Präsident Sail Singh, wie Sie ein Sikh, könnte da vermitteln. Aber Sie beschimpfen ihn. Warum?

**LONGOWAL:** Dieser Mann hat die Verfassung mißachtet. In seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der Armee hat er indische Soldaten in den Goldenen Tempel geschickt, um Bürger dieses Landes zu töten. Das war ein großes Unrecht. Er ist ein Verräter an einer Minderheitengruppe des Landes.

**SPIEGEL:** Der Präsident argumentiert, er sei nur das verfassungsmäßige Oberhaupt und habe sich leiten lassen vom Rat des Premierministers.

**LONGOWAL:** Er ist Oberkommandierender und somit verantwortlich für die Armee-Aktion.

**SPIEGEL:** Viele jugendliche Sikhs sind in Gefängnissen mehr oder minder verschollen, die Regierung hält sie für Terroristen, die Ordnungshüter belästigen deren Familien. Was können Sie für die Betroffenen tun?

**LONGOWAL:** Wir haben die Regierung aufgefordert, all diese Kinder, aber auch gefangene Frauen und Sikh-Soldaten, die nach dem Angriff auf unseren Tempel desertiert waren, bedingungslos freizulassen.

**SPIEGEL:** Was soll mit den Sondergerichtshöfen geschehen, die angebliche Sikh-Terroristen aburteilen?

**LONGOWAL:** Sie müssen auf der Stelle abgeschafft werden, die Armee muß aus dem Pandschab abziehen.

## POLEN

### Schön sauber

**Jaruzelski wurde nicht Marschall, Walesa wurde nicht ermordet, der Sozialismus ist nicht stabilisiert.**

Siebentausend Bauern aus der ganzen Volksrepublik feierten in jener Kirche, in der einst Priester Popieluszko predigte. Sie feierten den vierten Gründungstag ihrer Landwirtschafts-„Solidarität“, die längst verboten ist.

Sie forderten die Wiederzulassung ihrer Bauern-Gewerkschaft und Freiheit für die politischen Gefangenen.

Das Parlament beschloß neue Strafgesetze: Wer ohne Erlaubnis die Nationalhymne singt oder Flugblätter verteilt oder eine Fahne mit der Aufschrift „Solidarität“ trägt – wie es derzeit gang und



**Sowjet-Freund Milewski**  
Mit 14 in der Roten Armee

gäbe ist – , wird ohne förmlichen Gerichtsprozeß mit einem Vierteljahr Haft oder einer Buße von vier Monatslöhnen bestraft.

14 Parlamentarier stimmten dagegen, 27 enthielten sich der Stimme.

Zur Begründung der Gesetze erläuterte Innenminister General Kiszczak, es gebe 300 illegale Gruppen in Polen und 1500 „erklärte Feinde des Sozialismus“, aber zuwenig Polizisten.

Noch ist die Krise im Land nicht überwunden, der Sozialismus nicht stabilisiert – das hatte Sowjetchef Gorbatschow am 27. April seinem polnischen Genossen Jaruzelski vorgehalten und ihm eine Frist von vier Monaten gesetzt, sonst müsse Moskau „neue Maßnahmen“ ergreifen und „Solidarität“ auf sowjetisch üben.

Besorgt um Jaruzelskis persönliche Zukunft, eröffnete die polnische Staatspartei eine Kampagne für seine Unabsetzbarkeit: Am 4. Mai erschienen im ganzen Land Dutzende Anträge von Par-



**Jaruzelski-Freund Kiszczak**  
Zuwenig Polizisten

teizellen und Behörden, Kriegerverbänden und auch Bauernaktivisten „im Namen der gesamten Dorfbevölkerung“, den Parteichef, Regierungschef und General Wojciech Jaruzelski am 8. Mai zum „Marschall Polens“ zu befördern.

Und zwar in Anerkennung seiner militärischen Verdienste: „In einem für unseren Staat sehr schwierigen Augenblick“, hieß es in einer Resolution aus Allenstein, habe der General „die Verpflichtung übernommen, den sozialistischen Entwicklungsweg des Landes zu retten“.

Gemeint war das Kriegsrecht von 1981, das seine Freunde als Verhinderung einer Sowjet-Intervention werten, seine Opfer als „Sieg im Krieg gegen das eigene Volk“. So steht es auf einer von der Gewerkschaft „Solidarität“ im Untergrund geprägten Kupfermünze mit dem karikierten Bild eines Marschalls Jaruzelski.

Das Gedenkstück, Wert zehn Zloty (zwei Pfennig), kam zu spät auf den schwarzen Markt. Jaruzelski erklärte vor Kriegsveteranen noch am 4. Mai voller Bescheidenheit, seine militärischen Leistungen seien mit dem Rang eines Armeegenerals schon genug gewürdigt, als Parteichef brauche er „keine zusätzlichen Würden und Ehrungen“.

Genauso muß das Urteil der sowjetischen Verbündeten über die Rangerhöhung gelautet haben, nachdem sie über die geheimgehaltenen Vorbereitungen der Aktion Marschallstab Bescheid bekommen hatten – von dem Warschauer ZK-Sekretär Milewski.

Mirosław Milewski, 57, war ihr Vertrauensmann. Im Krieg diente er, Vollwaise, als „Regimentssohn“ mit 14 Jahren in der Roten Armee, bei der Gegenespionage „Smersch“ („Tod den Spionen“), später NKWD, der ihn 1944 in

die neue polnische Geheimpolizei steckte. Im „Solidarität“-Jahr 1980 übernahm er als Innenminister die Kontrolle über den gesamten Sicherheitsapparat.

Jaruzelski erhöhte den Sowjetfreund vorsichtshalber zum Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär, wo er weiter kontrollieren konnte, aber ohne Exekutiv-Befugnisse: Die bekam ein neuer Innenminister, ein enger Freund Jaruzelskis, der General Kiszczak, der die Sicherheitsorgane von führenden Milewski-Vertrauten säuberte – aber es gelang ihm nicht in den unteren Rängen.

Dort bemühten sich weiterhin Extremisten um einen strengen Kurs, zwecks Stabilisierung des Sozialismus. Der kürzeste Weg wäre eine Exekution der

oben, begab sich schleunigst auf einen Kuraufenthalt, als die Hintergründe des Mordes nach den Aussagen des planwidrig entkommenen Popieluszko-Chauffeurs Chrostowski nicht mehr zu verbergen waren.

Vorigen Dienstag ließ sich eine weitere Affäre nicht mehr vertuschen, weil das Zielobjekt Walesa selbst das schriftliche Geständnis eines angeheuerten Killers dem Staatsanwalt übergeben hatte: Regierungssprecher Urban bestätigte, ein Józef Szczepański habe den Mordauftrag zugegeben.

Am 6. Mai, als gerade die Marschalls-Kampagne zur Stärkung Jaruzelskis angelaufen war, hatte sich Szczepański in Walesas Wohnung gestellt. Walesa zu

rung sowie schlechten Gesundheitszustandes seiner Frau beurlaubt, gleich für ein halbes Jahr. Erst am 16. April sollte sich der Polizistenkiller wieder im Gefängnis einfänden.

Er kam nicht zurück, wurde aber auch von der sonst so emsigen Polizei nicht wieder eingefangen.

Der Hafturlaub war alles andere als langweilig. Schon auf dem Bahnhof in Rawicz trat ein Unbekannter, der sich als Vertreter einer Geheimorganisation vorstellte, auf den Freigänger zu und präzisierte den Handel: Freiheit, Dollars und Ausreisemöglichkeit in den Westen als Belohnung für ein paar gutgezielte Schüsse. Nächstes Treffen in Danzig.

Hier bekam Szczepański zuerst einen weißen Fiat zu sehen („Ein Fahrer bringt dich an die Stelle“), dann eine amerikanische Pistole („Du schießt und haust ab“) sowie einen Paß samt Ausreisevisum. Bei einem weiteren Treff Anfang Mai erfuhr er, wen er dafür zu töten hatte: Walesa sei ein Verräter im amerikanischen Sold.

Der Preis war Szczepański zu hoch: „Ich habe zwar nur sechs Schuljahre, aber trotzdem ein Gewissen.“ Er ging zu Walesa, ohne Pistole: „Ich hasse die Kommunisten, ich war ein Sympathisant der Solidarität.“ Walesa: „Ich hatte nicht den Eindruck, daß er lügt.“

Szczepański wurde sofort in die psychiatrische Anstalt von Starogard gebracht, wo man sogleich „psychische Störungen“ diagnostizierte. Wieso ein Polizistenkiller mit einem „sehr langen Strafreregister“ (Urban) plötzlich eine halbjährige Haftverschonung genießt, blieb bisher unklar.

Doch am Tag der Bekanntgabe des Szczepański-Geständnisses, am 14. Mai, teilte die amtliche Nachrichtenagentur PAP mit, Miroslaw Milewski sei von seinen Ämtern als Mitglied von Politbüro und ZK sowie als ZK-Sekretär zurückgetreten, aus „persönlichen Gründen“.

Dem Beinahe-Marschall Jaruzelski bleiben noch 13 Wochen, derart die Lage zu stabilisieren.



**Geheimpolizei-Opfer Popieluszko\***: Deckung von ganz oben

Oppositionsführer, zum Beispiel Lech Walesas.

Der frühere Vize des „Solidarität“-Vorsitzenden, der Kfz-Mechaniker Ryszard Kalinowski, 33 – er lebt heute im norwegischen Exil –, berichtet von einem mißlungenen Attentat, schon als das Nationalsymbol Walesa 1981 nach Rom reiste: Aus einem fahrenden Auto sei geschossen worden.

In Rom wurde 1982 der italienische Gewerkschaftsfunktionär Luigi Scricciolo verhaftet, der gestanden haben soll, der Papst-Attentäter Agca sei zuerst auf Walesa angesetzt worden, in bulgarischem Auftrag.

Im vorigen Oktober wurden die Exekutoren gegen einen anderen populären Polen tätig, direkt in der Volksrepublik: Vier Geheimpolizisten töteten mit Dekkung, wie sie sagten, von „ganz oben“ den Priester Popieluszko. Der ZK-Sekretär für Sicherheit Milewski, ganz

dem Besucher: „Wenn ich daran glauben soll, dann müßten Sie mir das alles schön sauber aufschreiben und mit Ihrem Namen unterzeichnen.“

Drei Tage später war der Mann wieder da, mit einem schriftlichen Bericht, den er vor Zeugen, auch Polizisten, unterschrieb.

Józef Hieronim Szczepański, 34, aus dem eine Autostunde südlich von Danzig gelegenen Dorf Stara Jania, Volksschulbildung, wurde 1977 wegen Totschlags an einem Polizisten zu elf Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 26. Juni vorigen Jahres erreichte den in Rawicz bei Breslau einsitzenden Häftling ein anonymer Brief: Er könne freigelassen werden, zudem noch viel Geld und auch einen Reisepaß in den Westen kriegen, falls er sich zu einer wichtigen, wenn auch nicht ungefährlichen Aufgabe bereit erkläre.

Szczepański reichte bei der Anstaltsverwaltung ein Urlaubsgesuch ein und wurde am 16. Oktober wegen guter Füh-

## SCHWEDEN

### Direktes Rohr

**Öffentlicher Dienst gegen die Regierung – das „schwedische Modell“ brach zusammen.**

Mitte April bot das sozialdemokratische regierte Schweden aus der Sicht des Sozialdemokraten Olof Palme noch das Bild einer heilen Welt. Sie konnte dem krisengebeutelten Westeuropa als Muster dienen.

Vier Monate vor der Parlamentswahl sah der Regierungschef Schwedens Wirtschaft „auf dem rechten Weg“: Die Arbeitslosenrate von drei Prozent war vorbildlich. Nur ein Wahlsieg der bürgerli-

\* Im Gerichtsmedizinischen Institut Bialystok.